

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	16
		<b>TOP:</b>	16
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	1423/2019
		<b>GZ:</b>	SWU
<b>Sitzungstermin:</b>	21.01.2020		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Pätzold		
<b>Berichterstattung:</b>	-		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Sanierung Stuttgart 29 -Teilbereich Stöckach-Bericht zum Ergebnis der ergänzenden Verkehrsuntersuchung Stöckachplatz - Einbringung -</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Städtebau, Wohnen und Umwelt vom 04.12.2019, GRDRs 1423/2019. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokollexemplar für die Hauptaktei beigelegt.

StRin Dr. Lehmann (90/GRÜNE) bedauert, dass aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens leider fast nichts am Stöckachplatz geändert werden könne. Sie vermisse Aussagen darüber, was passiere, wenn der Autoverkehr aus der Neckarstraße herausgenommen werde. Dies sei speziell bezüglich der Überlegung eines Radschnellweges parallel zum Schlosspark sinnvoll. Diese Untersuchung müsse nachgeliefert und dieser Tagesordnungspunkt erneut im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik aufgerufen werden. Der Radverkehr müsse durch die entsprechende Infrastruktur komfortabel geleitet werden.

Die Diskussion im Ausschuss für Umwelt und Technik zur Platzgestaltung im Jahr 2017 ruft StR Rockenbach (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) in Erinnerung. Mittlerweile seien neue Prämissen in der Verkehrspolitik beschlossen worden, und das Thema müsse somit erneut mit einer erhöhten Relevanz diskutiert werden. Es sei schwierig, 50 % weniger Verkehr auf der B 14 zu erzielen, wenn an der Verkehrsmenge in den Zuläufen nichts verändert werde. Im Rahmenplan von 1999 sei die

grundsätzliche Machbarkeit nachgewiesen worden, keine direkte Zu- und Abfahrt von der B 14 in die Neckarstraße mehr zuzulassen. Dies würde zu einer Verkehrsberuhigung auf der Schleichverkehrsstrecke Neckarstraße/Hackstraße führen, Raum für Rad-schnellwege bieten und für den Stöckachplatz andere Verkehrszahlen darstellen. Wenn die verkehrspolitischen Ideen der Reduzierung ernstgenommen würden, sei durch frühzeitige Pfortnerung in der Hackstraße der Rückstau zu vermeiden und es träten keine Einbußen für die SSB auf. Er bitte um eine ausführliche Darstellung der Platzgestaltung, auch durch die Gutachter.

StR Körner (SPD) nimmt Bezug auf das Fazit der Verkehrsuntersuchung, wonach bei Normalverkehr eine Umgestaltung kein Problem sei. Daher sei eine Grundsatzdebatte ungeeignet. Problematisch seien Ausnahmefälle, die den Stadtbahnbetrieb erheblich beeinträchtigten. Er wolle wissen, welche Haltung die Verwaltung zum Ergebnis der Untersuchung habe. Es müsse gesagt werden, ob eine Verschlechterung im Ausnahmefall für die SSB tragbar sei oder eben nicht.

BM Pätzold schlägt vor, die Untersuchung zunächst im Bezirksbeirat Ost vorzustellen und dann erneut im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik zu berichten. Verwaltung und SSB wünschten keine Verschlechterung des Stadtbahnbetriebes; somit werde auch die Platzgestaltung nicht geändert.

Die im Fazit angesprochene Verlagerung des Verkehrs von der Hackstraße auf andere Routen spricht StRin Schiener (90/GRÜNE) an. Es müsse geprüft werden, ob dies möglich sei.

Schleichwege müssten unattraktiver gemacht werden, so StR Rockenbauch. Er fordere daher eine grundsätzliche Betrachtung des Sachverhaltes.

Der Vorsitzende thematisiert die ursprüngliche Aufgabe des Berichtes. Diese habe gelautet zu prüfen, ob der 2. Platz des Wettbewerbs eine höhere Aufenthaltsqualität des Platzes ermögliche.

StR Rockenbauch betont, wenn eine Verkehrsreduzierung angestrebt werde, gelinge dies nicht durch punktuelle Maßnahmen, sondern es seien Zu- und Abfahrtsbetrachtungen wichtig. Dies sei der Auftrag an die Verwaltung und "kein neues Thema".

Dem hält der Vorsitzende entgegen, bisher sei nur der Platz an sich betrachtet worden. Somit handle es sich um Ergänzung und Ausbau des Auftrages.

Es wird Einvernehmen darüber erzielt, im Ausschuss für Stadtentwicklung und Technik gemeinsam mit Vertretern der SSB und der Stadtplanung erneut darüber zu berichten. Gegebenenfalls könne dann ein erneuter Auftrag an die Verwaltung formuliert werden.

BM Pätzold stellt fest:

Die GR Drs 1423/2019 ist eingebracht.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)  
weg. STA
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB
  2. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  3. BVin Ost
  4. Stadtkämmerei (2)
  5. Rechnungsprüfungsamt
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  2. CDU-Fraktion
  3. Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION  
LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei
  4. SPD-Fraktion
  5. FDP-Fraktion
  6. Fraktion FW
  7. AfD-Fraktion
  8. Fraktionsgemeinschaft PULS